

Infoblatt

ALSTOM-Betriebsräte machen Druck

Beim IG Metall-Aktionstag Fairwandel in Berlin präsentiert der Gesamtbetriebsrat sein 10-Punkte-Zukunftsprogramm zu den laufenden Koalitionsverhandlungen

Ende November hatten mehr als 50.000 Beschäftigte in über 50 Städten deutschlandweit für einen fairen Wandel der Industrie demonstriert. Gefordert wurden keine Entlassungen und ein sozial gestalteter Umbau. Die ALSTOM-Beschäftigten waren an ihren Standorten mit dabei. Am Berliner Bundestag war zudem der Gesamtbetriebsrat vertreten. Schiffe mit den zentralen Forderungen der Branchen flankierten die Veranstaltung am Bundestag. Ziel war es, mit den Politikerinnen und Politikern der künftigen Ampelkoalition zu sprechen. Der Gesamtbetriebsrat kam mit dem Anliegen, die zentralen Zukunftsthemen der Bahnindustrie in Erinnerung zu rufen. Diese Aufgabe übernahm Gesamtbetriebsratsvorsitzender René Straube zusammen mit Jörg Hofmann, dem ersten Vorsitzenden der IG Metall und Birgit Dietze, der IG Metall-

Bezirksleiterin Berlin-Brandenburg-Sachsen. Prominente Besucher waren unter anderem der geschäftsführende Arbeitsminister Hubertus Heil und der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans.



Birgit Dietze, Bezirksleiterin IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen (r.) mit René Straube, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender IG Metall (v. l.) Bild: GBR

Bahnindustrie ist ein Eckpfeiler für einen Erfolg beim Klima

Will Deutschland sein Ziel im neuen Klimaschutzgesetz, die Netto-Null CO² in 2045 erreichen, so müssen bis zum Jahr 2030:

- die Passagierzahlen bei der

- Bahn um 70 Prozent zulegen,
- der Güterverkehr um 60 Prozent ausgebaut werden und
- der Nahverkehr um 100 Prozent steigen.

Dies macht immense Investitionen in der kommenden Legislatur erforderlich, die von der Bundesregierung bereitgestellt werden müssen. Wenn das Gesetz eingehalten wer-

Infoblatt

den soll, sind zudem Bahnprojekte deutlich schneller zu realisieren. Dies stellte René Straube in Richtung der Koalitionsverhandlungen klar.

10-Punkte-Zukunftsprogramm

Er präsentierte den angehenden Koalitionären außerdem 10 Punkte, die aus Sicht des Gesamtbetriebsrats die neue Regierung mit hoher Priorität schnell bearbeiten muss:

1. Verbindlicher Local Content-Anteil: Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist Wettbewerb selbstverständlich, Mindestanteile bei der kompletten Wertschöpfungskette müssen jedoch in Deutschland und Europa verbleiben.
2. Gerechten Markt herstellen: Die Beihilfekontrolle und Transparenzverpflichtung für Staatskonzerne aus Drittstaaten wie China muss gegeben sein, genauso die gegenseitige Marktöffnung.
3. Netzausbau: Die Elektrifizierung des Netzes ist zu beschleunigen, dabei ist der Wasserstoff- und Batterieantrieb zu berücksichtigen.
4. Wasserstoff und Batterie: Die Infrastruktur muss auf- und ausgebaut werden und der Markthochlauf konsequent gefördert.



Die Veranstaltung vom Schiff aus, im Hintergrund der Deutsche Bundestag. Bild: GBR

5. Schienennetz: Die jahrzehntelange Stilllegung ist umzukehren und die zeitnahe Reaktivierung von Schienen zu priorisieren.
6. Digitalisierung: Eine schnelle Umsetzung beim Netz ist zwingend, um die Nutzungskapazität zu erhöhen. Das digitale Schienensystem ist eine wichtige Infrastruktur, die technologische Steuerung muss deshalb in eigener Hand bleiben. Außerdem ist die Fahrzeugumrüstung mit digitalen On Board Units zu beschleunigen.
7. Forschung und Entwicklung: Der Ausbau und gezielte Investitionsprogramme sind erforderlich.
8. Aus- und Weiterbildung: Der Arbeitskräftebedarf muss gesichert und Talente gefördert werden.
9. Gute und sichere Arbeitsplätze: Notwendig im Wandel ist eine zielgerichtete Qualifizierung der Beschäftigten und die Steigerung der Arbeitsplatzattraktivität.
10. Beteiligung der Beschäftigten: Es bestehen enorme Potentiale, wenn alle die Chance haben, sich relevant einzubringen.

Der Gesamtbetriebsrat will die neuen politisch Verantwortlichen zu diesen 10 Punkten in die Pflicht nehmen. Gemeinsam mit der IG Metall Branchenpolitik wird er für eine gute Zukunft der Bahnbranche kämpfen.